PB.I-01-687

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Rainer Lagemann (KV Steinfurt)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 686 bis 695:
eine strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und darauf aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. ~~Das willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt darauf keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.~~

Das statische NATO-Zwei-Prozent-Ziel, das vor fast zwanzig Jahren verabschiedet wurde, gibt darauf keine ausreichende Antwort mehr. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die von den aktuell notwendigen Aufgaben ausgeht und werden mit den Nato-Partnern darüber zügig das Gespräch suchen. Auf dieser Basis muss sich dann auch Deutschland zukünftig weiter finanziell stärker engagieren.

Durch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

Begründung

Der ehemalige US-Präsident Trump hat die in der NATO aufgekommenen Spannungen in den Mittelpunkt der transatlantischen Sicherheitspolitik gestellt und die NATO fast in eine Handlungsunfähigkeit getrieben. Krisen am Rande Europas konnten deshalb nicht mit einer gemeinsamen und sachdienlichen Strategie begegnet und gelöst werden. Hier muss dringend mit der neuen US-Regierung eine Kehrtwende erarbeitet werden. Mit Joe Biden wird die Beziehung zwischen Europa und den USA nur dauerhaft besser werden, wenn Europa sich verlässlich und deutlich stärker in die NATO einbringt und sich mehr als bisher regional und international engagiert. „Die transatlantische Renaissance gibt es nicht zum Nulltarif“, so titelte Volker Beck einen Meinungsbeitrag (https://starke-meinungen.de/blog/2020/11/08/die-transatlantische-renaissance-gibt-es-nicht-zum-nulltarif/). Wer nicht will, dass der Trumpismus wieder erstarkt und gar 2024 wieder an die Macht kommt, muss Biden unterstützen. Im transatlantischen Verhältnis darf es kein Zurück zu alten Gewohnheiten geben, auch nicht zu Deutschlands Wohlgefühl beim Gedanken an den starken Schutz der USA in dessen Windschatten wir Exportweltmeister werden konnten. In den Jahren der Trump-Regierung hatte sich das Verhältnis Europa – USA dauernd weiter verschlechtert. Trump griff verstärkt und auf seine ihm eigene aggressive Art die 2-Prozent-Forderung auf. Das

Zwei-Prozent-Ziel ist aber mit Zustimmung des rot-grün regierten Deutschlands bereits seit 2002 festgeschrieben und2014 nach der Annexion der Krim und dem Kriegsausbruch in der Ukraine bestätigt worden. Als Grüne werden wir immer auch kritisch Strategien und Einsätze hinterfragen, aber wir wissen um die Tatsache, dass es für die Bundeswehr um das angemesse „Ausrüsten“ geht und nicht ums „Aufrüsten“. So sind wir davon überzeugt, wie es Annalena Baerbock vor einiger Zeit in der Süddeutschen Zeitung darlegte, dass es bei der Zwei-Prozent-Debatte weniger um die Zahl als solche gehen muss als vielmehr um das abgestimmte Einbringen von Fähigkeiten und eine faire Lastenteilung in der NATO.Eine einseitige Absage aber sollte und kann nicht deutsche Aufgabe sein.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Pewny (KV Bochum); Franz Martin Rumiz (KV Stuttgart); Sylvia Gründig (KV Konstanz); Chantal Kopf (KV Freiburg); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Elmar Gillet (KV Rhein-Erft-Kreis); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Michael Merkel (KV Bochum); Jürgen Roth (KV Siegen-Wittgenstein); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Thomas Hoffer (KV Bremen-Nordost); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Robin Wagener (KV Lippe); Matthias Restorff (KV Schwarzwald-Baar); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Reiner Daams (KV Solingen); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz)